



Der Lobbyist im Professoren-Jackett

Der Ökonom Christoph Schaltegger strebt im Namen der Wissenschaft nach immer mehr politischem Einfluss. Dabei begann alles mit einer Irreführung des Stimmvolks, zeigen Republik-Recherchen.

Von Yves Wegelin (Text) und Joan Wong (Illustration), 28.08.2026

Vor einigen Monaten setzte SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider eine «Expertengruppe» zur Frage einer Rentenaltererhöhung ein, die eine brisante Personalie enthält: Mit dabei ist auch Melanie Häner-Müller vom Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP).

Öffentlich informiert hat das entsprechende Departement nie. Die Republik erfuhr dies nebenbei im Gespräch mit einem Beamten an der Coop-Kasse, wenige Tage nachdem sie gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz zahlreiche Gesuche bei der Verwaltung über mögliche Verbindungen zum IWP eingereicht hatte.

Damit erhält das an der Uni Luzern angegliederte IWP weiteren Einfluss in Bern. Gegründet wurde das Institut 2020 vom heute 54-jährigen Luzerner Wirtschaftsprofessor Christoph Schaltegger. Ein schmaler Mann mit runder Hornbrille und stets

feinem Anzug, der freundlich im Ton ist, einem schnell das Du vorschlägt, gleichzeitig jedoch einen vornehmen Gestus pflegt.

Und der einen kaum zu überschätzenden Willen zur politischen Macht besitzt.

Das zeigen allein die mehr als tausend Zeitungs-, Radio- und Fernsehbeiträge, in denen er oder seine Mitarbeiterinnen gemäss Mediendatenbank SMD in den letzten zwölf Monaten zu AHV, Steuern, Subventionen oder zur EU zitiert wurden. Oft schreiben sie gleich selber in ihren vielen Kolumnen: Schaltegger hat seine in der «Finanz und Wirtschaft», sein Geschäftsführer René Scheu bei CH Media, IWP-Fellow Adriel Jost bei der «Bilanz», Häner-Müller bei der «NZZ am Sonntag».

Vor Häner-Müller sass bereits Schaltegger in einer von FDP-Finanzministerin Karin Keller-Sutter eingesetzten Expertengruppe, die Milliarden einsparungen bei der Bahn, der Bildung oder im Kampf gegen den Klimawandel vorspurte. Egal ob es um die Erhöhung des Rentenalters, den Kampf gegen den Klimawandel oder den Platz der Schweiz in Europa geht: Schaltegger hat seine Hände zuvorderst mit im Spiel.

Sein Erfolgsrezept: Schaltegger tritt mit seinem Institut stets im Namen der unabhängigen Wissenschaft auf – «allein der wissenschaftlichen Erkenntnissuche verpflichtet», wie das IWP wirbt. Die Universität Luzern, an die Schaltegger sein Institut angliedern konnte, verleiht dem IWP wissenschaftliche Autorität.

Doch nicht nur wird das IWP von Unternehmer und Multimilliardär Alfred Schindler mitfinanziert, der dem Institut seinen Stempel aufdrückt. Recherchen der Republik zeigen auch: Geführt wird es mit Schaltegger von einem Mann, der einen der grösseren demokratiepolitischen Skandale der jüngeren Schweizer Geschichte mitverantwortet, später einer der einflussreichsten Wirtschaftslobbyisten des Landes war und schliesslich mit überschaubarem wissenschaftlichem Leistungsausweis und der Hilfe einflussreicher Wirtschaftsvertreter Professor wurde.

Zudem hält das IWP laut etlichen Wirtschaftsprofessorinnen wissenschaftliche Standards oft nicht ein; stattdessen vertritt Schaltegger die Interessen der eigenen Geldgeber, die er dank einem Netz an persönlichen Beziehungen in Universitäten, Redaktionen und Politik trägt – und wofür er trotz seiner Staatskritik auf öffentliche Ressourcen zurückgreift.

Vom Lobbyisten zum Professor

Nachdem Schaltegger 2003 sein Studium an der Universität Basel mit einem Doktorat abgeschlossen hatte, schlug er eine Polit- und Lobbyistenkarriere ein. Nach einer rund zweijährigen Anstellung bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung holte ihn der damalige FDP-Finanzminister Hans-Rudolf Merz, der die Unternehmenssteuerreform II (USR II) vorantrieb, als Berater zu sich.

Schaltegger beriet Merz damit genau zu jener Zeit zur USR II, als dieser gegenüber dem Parlament wiederholt behauptete, dass die Reform nur zu geringen Steuerausfällen führen würde. Eine Behauptung, die er im Abstimmungskampf 2008 gegenüber dem Stimmvolk wiederholte, das die Reform daraufhin äusserst knapp annahm.

Wenig später sollte sich zeigen, dass die Reform in Wahrheit zu Milliardenausfällen führen würde. Merz wurde dafür 2011 vom Bundesgericht gerügt: Ein Richter sprach von «systematischer Irreführung» des Schweizer Stimmvolks. Der Bundesrat habe dessen Abstimmungsfreiheit auf «dreiste Art verletzt».

Da das Geschäft weit zurückliegt, blieb ein Öffentlichkeitsgesuch der Republik beim Finanzdepartement um Dokumente rund um Schalteggers Beratungstätigkeit ergebnislos. Der damalige Vizedirektor der Eidgenössischen Steuerverwaltung, Samuel Tanner, der intern vor Milliardenausfällen gewarnt hatte, bestätigte allerdings auf Nachfrage der Republik, dass Schaltegger hinter der Reform stand: «Er hat als Merz' Berater die Reform überzeugt mitvorangetrieben.»

Damit war Schaltegger an der «Irreführung» des Stimmvolks massgeblich beteiligt.

Nachdem das IWP auf einige kritische Fragen der Republik geantwortet hatte, dass das Institut keine weiteren Auskünfte geben werde, bat die Republik Schaltegger trotzdem nochmals um eine Stellungnahme. Trotz mehrfacher Nachfrage reagierte er jedoch nicht.

Als Merz Anfang 2008 dem Stimmvolk falsche Prognosen aufstischte, arbeitete Schaltegger neu beim Wirtschaftsdachverband Economiesuisse (der die Unternehmenssteuerreform II gefordert hatte). Dort stieg er schnell in die Geschäftsleitung auf, womit er zu einem der führenden Unternehmens-Lobbyisten des Landes wurde. Als nach der Finanzkrise 2008 andere Länder an das unbesteuerte Geld ihrer Bürgerinnen wollten, das Schweizer Banken versteckten, lobbyierte Schaltegger für das Bankgeheimnis. «Den gläsernen Bürger wollen wir nicht», sagte Schaltegger im Februar 2010.

Das war gerade mal 14 Tage, bevor er zum Professor in Luzern ernannt wurde. Seither tritt er nur noch als Wissenschaftler auf.

Seine Berufung hat Schaltegger auch einflussreichen Wirtschaftsvertretern zu verdanken. Zwar hatte er nebst seiner übrigen Arbeit einige Studien publiziert. Allerdings war sein wissenschaftlicher Leistungsausweis für eine Berufung als Professor überschaubar. Von seinen Studien, die er fast alle zusammen mit älteren Professoren publiziert hatte, sind je nach Ranking nur zwei bis drei in sogenannten A journals erschienen – der Rest in *B* oder *C journals*. Keine erschien in einem Topjournal mit A+-Bewertung, wie dies laut Experten, die die Republik befragt hat, heute für eine Berufung oft verlangt wird.

Zwei seiner drei Studien, die in einem *A journal* erschienen, publizierte Schaltegger kurz vor seiner Bewerbung in Luzern zusammen mit seinem sechs Jahre älteren deutschen Ziehvater Lars Feld, der seit 2002 Professor war. Ursprünglich hatte die Uni Luzern Feld für die neue Professur gewinnen wollen, wie eine damals involvierte Person der Republik erzählt. Trotz Interesse habe Feld am Ende jedoch abgesagt. Schaltegger reichte die beiden Studien, bei denen Feld mitgearbeitet hatte, als Kernelement seiner Habilitation ein – mit der er sich in Luzern dann bewarb.

Fragen darüber, warum Schaltegger berufen wurde, weist die Kommunikationsabteilung der Uni eher schroff zurück – auch ein Gesuch aufgrund des kürzlich in Kraft getretenen Luzerner Öffentlichkeitsgesetzes wird abgewiesen. Doch Gespräche mit mehreren damals involvierten Personen zeigen, dass Schaltegger auf einflussreiche Wirtschaftsvertreter im Universitätsrat zählen konnte. Zuständig war zwar die Berufungskommission aus Professoren; das letzte Wort hatte jedoch der Universitätsrat, der laut Insidern von Anfang an mitmischte.

Entscheidend für Schaltegger war Rolf Dubs, St. Galler Professor für Wirtschaftspädagogik, der auch in der Berufungskommission sass. Er war neben seinen Ämtern bei Siemens oder Julius Bär auch 16 Jahre lang Verwaltungsratsmitglied der Schindler AG, deren Chef Alfred Schindler bis heute hinter Schaltegger steht. Dubs kannte auch den ehemaligen Finanzminister Merz, für den Schaltegger die *USR II* vorangetrieben hatte. Dies wohl bereits seit den 1960er-Jahren von der Uni St. Gallen, wo Dubs Professor war und Merz Wirtschaft studierte. Als sich Schaltegger 2008 für die Professur in Stellung brachte, sassen Dubs und Merz zusammen auf einem Podium. «Dubs war die unbestrittene Nummer eins im Universitätsrat», erinnert sich eine

damals involvierte Person, die nicht mit Namen zitiert werden will. «Sein Wort zählte.»

Schaltegger konnte auch auf die Unterstützung von Karl Hofstetter zählen, ebenfalls ein langjähriges Verwaltungsratsmitglied der Schindler AG. Genauso wie auf den Zürcher Wirtschaftsprofessor Bruno Frey, bei dessen Bruder René Frey er an der Uni Basel studiert hatte.

Der damalige Economiesuisse-Chef Pascal Gentinetta zeigte sich in den Medien erfreut über die Berufung seines Kollegen Schaltegger und sagte ganz offen: Man kläre derzeit ab, wie die Zusammenarbeit mit Schaltegger weitergeführt werden könne.

«Lobbying der cleveren Art»

Als Schaltegger, der zuerst der Fakultät für Sozialwissenschaften angehörte, 2016 als Dekan seine eigene Wirtschaftsfakultät erhielt, hatte er erneut Wirtschaftsinteressen im Rücken: Schaltegger liess sich die Fakultät in den ersten vier Jahren unter anderem durch Banken, Pharmafirmen und Krankenkassen finanzieren. Geld gaben auch Bruno Frey und Schindler-Verwaltungsratsmitglied Karl Hofstetter. Wie auch Schindler-Konzernführer Alfred Schindler höchstpersönlich.

Eine grössere Spende kam zudem von der Nationalbank, deren Präsident Thomas Jordan an der Eröffnung der Fakultät die Festrede hielt.

Das Gleiche wiederholte sich schliesslich, als Schaltegger 2021 mit dem designierten Geschäftsführer René Scheu in einer kleinen Villa unweit der Uni Luzern das IWP eröffnete. Das Institut, das als sogenanntes «An-Institut» lediglich der Uni angehängt ist, wird von inzwischen rund fünfzig anonymen Geldgebern finanziert.

Die Geldgeber verbergen sich hinter einer Stiftung, die das IWP finanziert. Wer sie sind, will Schaltegger auch auf Nachfrage nicht sagen.

Bekannt sind lediglich jene, die im Stiftungsrat sitzen. Präsident ist Alfred Schindler, der wie die Republik weiss, Scheu an Bord holte. Mit einem Vermögen von 15,5 Milliarden Franken gehört seine Familie laut «Bilanz» zu den zehn reichsten der Schweiz. Im Stiftungsrat sitzen zudem Martin Haefner, Präsident der Automobilgruppe Amag (geschätztes Vermögen: 5,5 Milliarden Franken) sowie der Präsident der Artemis Group, Michael Pieper (4,8 Milliarden).

Schaltegger hatte für sein Institut Vorbilder in den USA, insbesondere das Mercatus Center an der George Mason University in Virginia, das von Charles Koch finanziert wird, der als einer der reichsten Männer der Welt den Aufstieg der radikalen US-Rechten vorantrieb. Schalteggers 2023 verstorbener Mitstreiter und Wirtschaftsprofessor Charles Blankart war einst visiting scholar an einem Institut der George Mason University, das eng mit dem Mercatus Center kooperiert. Schalteggers Mitstreiter Feld, der heute im IWP-Beirat sitzt, hat auch schon einen Bericht im Auftrag des Mercatus Center verfasst.

Zum Schutz ihres Rufes hat die Uni Luzern das IWP in einer Kooperationsvereinbarung zur Wissenschaftlichkeit verpflichtet. Gemäss dieser ist Schaltegger verantwortlich dafür, «dass das Institut die Normen und Prozeduren der wissenschaftlichen Qualitätssicherung der Universität einhält». Seine Arbeit müsse die «universitären Standards» einhalten.

Dies hält er jedoch nicht ein.

Zwar hat das IWP rund ein Dutzend Studien geschrieben, die in wissenschaftlichen Journalen veröffentlicht wurden. Hauptsächlich produziert es jedoch *policy papers*, Thesenpapiere, die in keinem wissenschaftlichen Journal publiziert wurden und damit kein Begutachtungsverfahren durchlaufen, das die Wissenschaftlichkeit garantiert.

«Die Ergebnisse einer Studie sind grundsätzlich relevant, wenn diese einen Peer-Review-Prozess erfolgreich durchlaufen hat», stellte der St. Galler Wirtschaftsprofessor Stefan Bühler 2023 klar, als Schaltegger einen Bericht über Subventionen herausgab. Das, so Bühler, sei hier nicht der Fall.

Die Berichte des IWP stossen unter Professorinnen auf grundsätzliche Kritik. Als das IWP 2023 über «Tages-Anzeiger», NZZ und «Blick» verbreitete, dass Beamte viel mehr verdienten als Arbeitskräfte in der Privatwirtschaft, schrieb der Zürcher ETH-Arbeitsmarktprofessor Michael Siegenthaler auf der Plattform LinkedIn, das IWP verwende eine ungeeignete Statistik, die das Resultat möglicherweise verzerre. Siegenthaler sagt heute auf Anfrage der Republik: «Das Bundesamt für Statistik hat genau für solche Vergleiche spezielle Lohndaten erhoben.» Auch der Vizedirektor des Bundesamts für Statistik, Livio Lugano, pflichtete Siegenthaler damals bei.

Zudem vergleiche das IWP die Bundeslöhne nicht mit Löhnen vergleichbarer Arbeitgeber in der Stadt, kritisiert Siegenthaler, sondern etwa auch mit Handwerksbetrieben im Emmental, wo die Löhne viel tiefer seien. Zwar sei das IWP in einem neueren Bericht auf seine Kritik eingegangen, anerkennt er. Der zweite Kritikpunkt sei jedoch nur im Anhang diskutiert worden, ohne dessen Auswirkung detailliert aufzuzeigen.

Eine Studie des unternehmensnahen Wirtschaftsberaters PWC ergab, dass es keine nennenswerten Lohnunterschiede zwischen Verwaltung und Privatwirtschaft gibt.

Grundsatzkritik gab es auch, als das IWP Subventionen für den Ersatz fossiler Heizungen mit dem Einwand bekämpfte, dass davon nur Reiche profitierten. Anthony Patt, Zürcher ETH-Professor für Klimapolitik, sagte in der Republik, dass er den Bericht in einem Peer-Review-Verfahren «zurückweisen» würde. Die Autoren unterschlugen, dass Hauseigentümerinnen die Subventionen in Form von tieferen Mieten auch an ärmere Haushalte weitergeben müssten. Die Schlussfolgerungen seien schlicht «fehlerhaft».

Etliche IWP-Papiere folgen zudem nicht ansatzweise wissenschaftlichen Standards. Darunter Schalteggers Bericht über Subventionen, die er entsprechend ihren angeblichen Auswirkungen auf die «Wohlfahrt» in Grün, Orange und Rot eingeteilt hat. Als Methode nennt das Papier lediglich «qualitative Einschätzungen» der Autoren.

«Sowas Pauschales/Subjektives kann man gar nicht wissenschaftlich machen», kommentierte der Lausanner Wirtschaftsprofessor Marius Brühlhart auf der Plattform X. Die Zürcher Wirtschaftsprofessorin Dina Pomeranz ergänzte: «Wichtig für alle JournalistInnen zu wissen: Das neue Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik – an der Uni Luzern angegliedert – ist kein unabhängiges akademisches Institut. Es ist eine politisch klar wirtschaftskonservative Gruppe, deren Analysen oft nicht Stand halten.»

In einer Studie im Auftrag des Tabakverbands Swiss Cigarette schrieb Schaltegger gar, Rauchen wirke sich volkswirtschaftlich positiv aus. Regelmässig warnt er vor steigenden Staatsausgaben, indem er diese in absoluten Zahlen zitiert, obwohl es in der Wissenschaft unbestritten ist, dass Ausgaben in Prozent des BIP gemessen werden. Jüngst hat das IWP gar eine Plakatkampagne lanciert, in der es mit kontextlosen «Fakten» politische Aussagen insinuiert. Etwa dass kaum irgendwo in Europa so viele Leute nur Teilzeit arbeiteten wie in der Schweiz. Dabei unterschlägt das IWP,

dass sich Männer und Frauen die Erwerbsarbeit in der Schweiz stärker teilen und dass die Bevölkerung insgesamt laut Uno-Statistiken so viel arbeitet wie kaum irgendwo sonst in Europa.

Mit der Tatsache konfrontiert, dass Schaltegger die in der Kooperationsvereinbarung vorgegebenen Wissenschaftsstandards oft nicht einhält, schreibt der Luzerner SVP-Bildungsdirektor und Universitätsratspräsident Armin Hartmann: Man habe «im Rahmen der Arbeiten zur Qualitätssicherung» keine Verstösse des IWP festgestellt, die die Vereinbarung infrage stellten. Schaltegger selber schwieg auch dazu.

Als Schaltegger seinen Subventionsbericht herausgab, sprach der Lausanner Professor Brühlhart von einem «Lobbying der cleveren Art»: «Industrielle finanzieren Forschungsinstitut. Institut zielt sich mit Gütesiegel einer staatlichen Uni. Institut verteilt scheinwissenschaftlich Farb-Noten an verschiedene Arten von Subventionen.»

Als langjähriger Berater der Unternehmensdenkfabrik Avenir Suisse habe er nichts gegen privat finanzierte und beeinflusste wirtschaftspolitische Analysen, sagt Brühlhart auf Nachfrage der Republik. «Das Problem ist, dass das IWP seine Interessen nicht deklariert und seine Arbeit als universitäre Wissenschaft ausgibt.»

Tatsächlich vertritt das IWP fast durchgehend Positionen, die im Interesse seiner Geldgeber sind – insbesondere von Schindler, der laut Informationen der Republik ein gewichtiges Wort mitzureden hat. Die wohl einzige Ausnahme war ein Beitrag des IWP-Fellows Adriel Jost, der aus liberaler Sicht mehr Eigenkapital für die UBS forderte. Einige Zeit später lud das IWP jedoch UBS-CEO Sergio Ermotti zu einem Vortrag ein. Moderator Scheu stellte keine Frage zu Eigenkapital, warnte vor «mehr Regulierung» und forderte das Publikum zu einem «tosenden Applaus» auf.

Hauptanliegen des IWP sind erstens tiefe Steuern für Unternehmen und Vermögende, für die sich Schaltegger auch in Keller-Sutters «Expertenkommission» einsetzte. Die Bundesvermögenssteuer etwa müsse im «Giftschrank» bleiben, schrieb er.

Zweitens kämpft das IWP unter anderem mit seinen Subventionsberichten für möglichst tiefe öffentliche Ausgaben für Gesundheit, Altersvorsorge oder für den Kampf gegen den Klimawandel. Das trägt nicht nur zu tiefen Steuern bei, sondern (zusammen mit einer Schuldenbremse, die Schaltegger verteidigt) zu einem kleinen Staat. Für den Alfred Schindler bereits in den 1970er-Jahren mit seiner «Vereinigung für Finanzpolitik» kämpfte. Ein kleiner Staat garantiert, dass ein möglichst grosser Teil

der Wirtschaft und Ressourcen wie Arbeitskräfte für die Geschäfte privater Investorinnen zur Verfügung stehen.

Schaltegger lud zusammen mit der Privatbank Reichmuth & Co. letzten Herbst gar Federico Sturzenegger zu einem Vortrag ein, den *mastermind* hinter dem rechts-libertären argentinischen Präsidenten Javier Milei. Wie Milei, der sich mit laufender Kettensäge inszenierte, sagte Sturzenegger einige Monate vor seinem Besuch, er wolle den Staat mit der Säge «aus dem Weg räumen».

Drittens kämpft das IWP, wie sein Plakat zur Teilzeitarbeit in der Schweiz zeigt, für ein möglichst grosses Angebot an Arbeitskräften für die Privatwirtschaft und damit für die Erhöhung des Rentenalters. Letzteres will Häner-Müller von der neuen «Experten-gruppe» mit einer Art Schuldenbremse für die AHV erreichen. Bei drohender Finanzierungslücke würde automatisch das Rentenalter erhöht.

Viertens stellt sich das IWP gegen die Integration in die EU. Zwar ist dessen Binnenmarkt auch im Interesse von Investoren. Wie Libertäre seit den 1990er-Jahren warnen, dämpft die EU jedoch durch supranationale Regeln den Wettbewerb zwischen Ländern, der diese zu weniger Regulierung oder tiefen Löhnen zwingt. Zudem verleiht die Personenfreizügigkeit den Arbeitskräften zusätzliche Rechte. Das erschwert es den Ländern, die wirtschaftlich nützlichen Arbeitskräfte zu selektieren, wie Schaltegger dies mit einer Zutrittssteuer erreichen will.

Die Interessen des IWP gehen mit einer neoliberalen bis libertären, nationalen Ideologie einher, die sich auch in Schalteggers Personalpolitik zeigt: Er hat den US-Historiker Niall Ferguson in den IWP-Beirat geholt, der sich bei den letzten Wahlen hinter Trump stellte und auch nicht widersprach, als «Die Zeit» ihn im Interview einen «Trump-Fan» nannte.

Männerbünde bis in den Bundesrat

Politischen Einfluss verschafft sich das IWP durch ein immer engeres Netz an persönlichen Beziehungen, das Schaltegger gezogen hat: in Universitäten, Redaktionen, dem Parlament und der Verwaltung bis hinauf in den Bundesrat.

Über Geschäftsführer Scheu – der zuvor als Feuilletonchef der NZZ das Ressort auf rechte Identitätspolitik getrimmt hatte – hat das IWP eine direkte Leitung in die NZZ-Redaktion. Mit Thomas Meyer sitzt zudem ein Verwaltungsratsmitglied der Artemis

Group (dessen Chef Michael Pieper das IWP mitfinanziert) im Verwaltungsrat der NZZ. Scheu führt für das Blatt weiterhin Interviews, die IWP-Mitarbeiter werden beinahe wöchentlich zitiert, interviewt oder als Gastautorinnen abgedruckt. Die NZZ produziert gar gemeinsamen Beilagen mit dem IWP, in denen NZZ-Autoren mit Scheu Artikel signieren.

Eine genauso wichtige Rolle spielt auch das weitgehend unbekannte «Center for Research in Economics, Management and the Arts» (Crema) in Zürich. Gegründet wurde es von Schalteggers einstigem Professor René Frey und dessen Bruder Bruno, dem Schaltegger seine Professur mitverdankt. Schaltegger, Scheu, Häner-Müller, Feld und sechs weitere IWP-Leute sind Fellows des Crema. In der Führung sitzen unter anderem auch IWP-Senior-Fellow Oliver Zimmer sowie Reiner Eichenberger. Eichenberger lehrt an der Uni Freiburg, genau wie IWP-Beiratsmitglied Mark Schelker – dessen ehemaliger Assistent Marco Portmann für das IWP über die Staatslöhne schrieb.

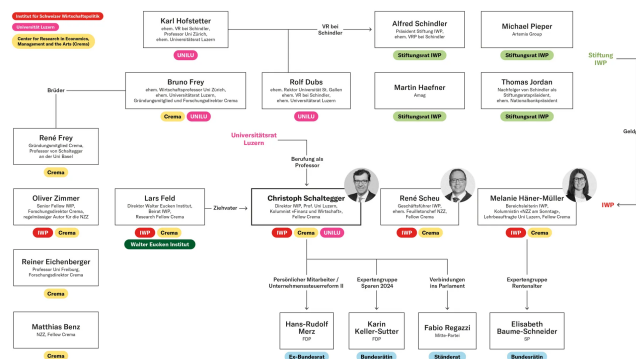
Crema-Fellow ist auch «Handelszeitung»-Chefredaktor Markus Diem Meier, in dessen Blatt Crema-Co-Direktor Eichenberger eine Kolumne hat (in der er vor der Abstimmung zur 10-Millionen-Initiative der SVP für ein Ja warb). Kürzlich hat Diem Meier für die Ringier-Medien «Handelszeitung», «Bilanz» und «Blick» – wenn auch mit ein, zwei kritischen Fragen – mit Schaltegger ein grosses Gespräch über dessen Ideen geführt. Fellow ist auch NZZ-Journalist Matthias Benz, der über die «7 Milliarden Franken an schädlichen Subventionen» von Schalteggers Ampel-Studie schrieb. Genauso wie Tobias Straumann, Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Zürich, der sich mit Häner-Müller in der «NZZ am Sonntag» als Kolumnist bis vor kurzem abwechselte und mit Schaltegger Mileis *mastermind* Sturzenegger einlud.

Auf eine Anfrage der Republik, wer das Institut finanziert, antwortete das Crema nicht.

Eng vernetzt ist das IWP schliesslich mit dem von Unternehmen mitfinanzierten deutschen Walter Eucken Institut, das von Schalteggers Ziehvater Feld geleitet wird, der inzwischen einer der einflussreichsten rechten Ökonomen Deutschlands ist. Das Institut führt als Ehrenpräsident nach wie vor Friedrich Hayek auf, der sich in den 1970er-Jahren hinter Augusto Pinochets Militärdiktatur in Chile gestellt hatte.

Häner-Müllers Einsetzung in die AHV-«Expertengruppe» des Innendepartements, die die Nachforschungen der Republik ans Licht gebracht haben, zeigt: Das IWP versucht seinen Einfluss auch in Bundesbern weiter auszubauen. Den Durchbruch hatte es 2024 mit Schalteggers Einsetzung in die «Expertengruppe» von FDP-Finanzministerin Karin Keller-Sutter geschaffen, die jährliche Milliardeneinsparungen beim Bund vorspurte.

Eingesetzt hatte Keller-Sutter Schaltegger, kurz nachdem er sie und den damaligen deutschen Finanzminister Christian Lindner (FDP) ans IWP zu einem Vortrag eingeladen hatte. Dabei übernahm Keller-Sutters Departement einen Teil der Organisation gleich selbst, wie E-Mails zeigen, in denen Beamte IWP-Geschäftsführer Scheu im lockeren Du über Lindners Zeitplan informieren.



Grafik: Bodara

Mit der Einsetzung von Häner-Müller ist es nun ausgerechnet ein von einer SP-Bundesrätin geführtes Departement, das dem IWP die Tür in die Verwaltung weiter öffnet. In der 14-köpfigen «Expertengruppe» sind Arbeitgeber, Gewerkschaften, Beamtinnen sowie drei Universitätsprofessoren vertreten. Häner-Müller ist die Einzige, die als «Expertin» aus einer privaten Institution herbeigezogen wurde.

Die Gründung der Expertengruppe geht auf einen Vorstoss von Mitte-Ständerat und Gewerbeverbands-Präsident Fabio Regazzi zurück, der aufgrund Schalteggers Arbeit im Parlament auch eine Überprüfung von Subventionen verlangt hat. Auf Anfrage der Republik beteuert er allerdings, nichts mit der Zusammensetzung der Gruppe zu tun gehabt zu haben. Wer Häner-Müller in die Gruppe geholt hat, ist nicht zu rekonstruieren. Die Dokumente würden erst nach Abschluss der Arbeiten herausgegeben, antwortet das zuständige Amt auf ein Öffentlichkeitsgesuch.

Auch die meisten Gesuche der Republik bei anderen Departementen über Beziehungen mit dem IWP stossen auf meterhohe Mauern – obwohl der

Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte in einem vergleichbaren Fall entschied, dass solche Anfragen zulässig sind.

Erstaunlich offen zeigt sich das Wirtschaftsdepartement von SVP-Bundesrat Guy Parmelin. Dokumente aus seinem Stab zeigen, dass der SVP-Bundesrat Schaltegger half, den argentinischen Minister in die Schweiz zu holen. «Wir möchten Ihnen unseren aufrichtigen Dank für Ihre wertvolle Unterstützung und Ihren grossen Einsatz bei der Organisation des Anlasses mit Minister Sturzenegger aussprechen», schreibt Schaltegger Parmelin in einem Brief. Er freue sich zudem, auch künftig auf Parmelins «Unterstützung und Zusammenarbeit zählen zu dürfen».

Damit konfrontiert, bestreitet das Departement, bei der Organisation des Privat-anlasses geholfen zu haben. Parmelin habe nur den Minister am Anlass begrüsst.

Wie Fotos in den sozialen Netzwerken zeigen, sass Schaltegger gar mit am Tisch, als Parmelin mit zwei hohen Beamten den argentinischen Minister in Bundesbern zu Gesprächen empfing. Dies, obwohl Schaltegger kein öffentliches Amt besetzt. Es seien keine vertraulichen Informationen besprochen worden, rechtfertigt sich das Departement, Schalteggers Anwesenheit sei entsprechend «unproblematisch».

Auch anderswo versucht das IWP seinen Einfluss auszubauen: Der Rohstoffkanton Zug will dem IWP bis zu 3,8 Millionen Franken zahlen, um den interkantonalen Finanzausgleich zu «erforschen», in den er jährlich einzahlt. Schaltegger wird immer wieder vom Parlament als Wissenschaftler befragt. Und als die Staatspolitische Kommission des Ständerats jüngst eine Anhörung zur Frage machte, ob die Bilateralen III neben einem Ja des Stimmvolks auch das Ja der Stände benötigt, sprach IWP-Historiker Oliver Zimmer zugunsten des Ständemehrs vor, das eine Annahme erschwert. Dass er Mitglied des IWP ist, stand nirgends.

Die Aushöhlung der Wissenschaft

Künftig dürften sich für das IWP die Türen in Bundesbern noch weiter öffnen. Nachfolger von Alfred Schindler als Präsident der IWP-Stiftung wird der 2024 als Nationalbank-Präsident zurückgetretene Thomas Jordan, unter dem die Nationalbank Schalteggers Fakultät mitfinanzierte. Das durften er und Schindler Anfang Jahr in einem grossen NZZ-Interview verkünden.

Das IWP wird damit die Autorität von Jordans einstigem öffentlichem Amt und die entsprechenden Kontakte für seine Interessen nutzen können. Jordan kennt sämtliche Spitzenbeamte und Bundesrätinnen: Nimmt er den Hörer in die Hand, hat er sie in Kürze am Apparat. Das wissen auch Nestlé, die Zurich-Versicherung und die US-Investmentfirma Muzinich, die Jordan in ihren Verwaltungsrat beziehungsweise Beirat geholt haben.

Zwar schreibt die SNB eine *Cooling-off*-Periode vor, in der ehemalige Zentralbanker keine privaten Ämter annehmen dürfen. Diese beträgt jedoch nur bis maximal ein Jahr.

Während Schaltegger versucht, anderen die öffentlichen Ressourcen zu kappen, hat er selber seit jeher zur Erreichung dieses Ziels auf öffentliche Ressourcen zurückgegriffen: Einst tat er dies als hoher Beamter, um die USR II im Interesse seines späteren Arbeitgebers Economiesuisse voranzutreiben; seit sechzehn Jahren als Inhaber einer Professur der mehrheitlich öffentlich finanzierten Universität Luzern, die mit jährlich bis zu 214'000 Franken entlohnt wird. Wobei sich die Frage stellt, wie viel Zeit er neben seinem IWP-Amt für die Professur einsetzen kann.

Hinzu kommen die anfängliche Finanzierung seiner Fakultät durch die SNB; öffentliche Geldgeber, die auch das IWP laut Scheu mitfinanzieren; öffentliche Mandate wie jene für die «Expertengruppe» zu Sparmassnahmen, für das er laut Finanzdepartement zusätzlich zum Professorengehalt 11'500 Franken erhielt; Hilfen durch die Verwaltung bei der Einladung der Minister Lindner und Sturzenegger; und vor allem die Eintragung der Förderstiftung des IWP als «gemeinnützig».

Damit ist die von Schindler und anderen Vermögenden finanzierte Trägerin des Instituts steuerbefreit, was faktisch einer Subvention privater Interessen gleichkommt.

Die vielleicht grösste öffentliche Ressource, die Schaltegger für seine Zwecke nutzt, ist jedoch der wissenschaftliche Ruf der Universität Luzern, in deren Namen er und das IWP auftreten. Ein «Glaubwürdigkeitsgenerator», wie der Luzerner Geschichtsforscher Valentin Groebner öffentlich kritisiert hat.

Diese Ressource nutzt Schaltegger auch, um ausgerechnet die öffentliche Wissenschaft zurückzudrängen, wie der Lausanner Wirtschaftsprofessor Brühlhart sagt: «Auf Vorschlag von Schaltegger und der damaligen Expertenkommission hat das

Parlament bis zu 70 Millionen jährlich für den Schweizer Nationalfonds gestrichen, der universitäre Grundlagenforschung finanziert.» Insgesamt wollte die Gruppe über eine halbe Milliarde bei Bildung und Forschung sparen.

Schaltegger stützt die Wissenschaft auch zurück, indem sein IWP zunehmend in die Uni vordringt. Wie eine Studentin erzählt, die aus Furcht vor negativen Konsequenzen anonym bleiben will, tritt Schaltegger innerhalb der Universität vor allem als IWP-Direktor auf. Seine Doktoranden stehen unter den Mitarbeiterinnen auf der IWP-Website, tragen IWP-Mail-Adressen und arbeiten an IWP-Berichten mit. Gemäss einer Ergänzung zur ursprünglichen Kooperationsvereinbarung verleiht die Uni Luzern den IWP-Angestellten gar Lehraufträge an der Universität.

Dies stösst auch an der Uni Luzern auf Kritik. Zwar bitten viele Professorinnen der Wirtschafts- sowie der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, die selber von Sparmassnahmen betroffen sind, um Verständnis, dass man sich zum IWP nicht äussern wolle. Vier Professoren, die allerdings nicht zitiert werden wollen, sagen ihrerseits, dass die Professorenschaft dem IWP mehrheitlich skeptisch bis ablehnend gegenübersteht. Boris Previšić, Professor für Literatur- und Kulturwissenschaft, sagt: «Das IWP droht mit seinem privat finanzierten Aktivismus die Forschung der Wirtschaftsfakultät in den Hintergrund zu drängen.»

Schliesslich dringt das IWP mit Lehrmitteln an Berufsschulen und Gymnasien vor – dies auch in einer unter Jordan entschiedenen Kooperation mit der Nationalbank, wie diese auf Nachfrage bestätigt. Das IWP bietet zudem Projektwochen und Lernvideos an, in denen etwa die fiktive Schülerin «Emilie» korrigiert wird, die auf die hohe Vermögensungleichheit in der Schweiz verweist. Das IWP lenkt die Diskussion im Video auf für die Frage irrelevante Seitengeleise, um die Schlussfolgerung zu ziehen, dass die «Schere zwischen Arm und Reich nicht auseinandergeht» – was jeglichen Statistiken widerspricht.

Es drängt sich die Frage auf, ob Schaltegger mit all dem nicht zunehmend den Ruf der Universität Luzern gefährdet, wie etliche Professoren und sogar Leute aus seinem Umfeld im Gespräch mit der Republik befürchten. Wie auch den Ruf von Journalistinnen und Wissenschaftlern, die er um sich schar.